



# Swiss Internet Governance Forum

## Swiss IGF 2022 Messages von Bern 2. Juni 2022

### *Finale Fassung*

#### **Plenum 1: «Regulierung» von Künstlicher Intelligenz – Was macht die Schweiz?**

- Es besteht Regelungsbedarf; ein Warten auf die Verabschiedung von Normen in der EU bringt die Schweiz ins Hintertreffen; ein aktives Einbringen in internationale Diskurse, insb. beim Europarat, bei gleichzeitiger Erarbeitung von eigenen, nationalen Lösungen ist angezeigt.
- Der Regelungsbedarf kann nicht allein durch von Unternehmen selbst gesetzte ethische Standards abgedeckt werden; es braucht verbindliche rechtliche Regeln.
- Zielführend scheint ein Zusammenspiel von technischen Standards (auf internationaler Ebene) und nationalem Recht mit passenden, technologieneutralen Regeln, bspw. für die Haftung und gegen Diskriminierung.
- Dabei ist eine Differenzierung zwischen staatlichen und privaten Normadressaten angezeigt.
- Der Entwurf einer KI-Verordnung der EU ist vor dem Hintergrund der Gewährleistung des Binnenmarktes zu verstehen; die Schweiz hat andere Prämissen und sollte einen offeneren Ansatz wählen (wie z.B. USA, UK, Japan, Singapur).
- Beobachtungs- und Überwachungsmechanismen sind wichtig; denkbar wären insb. (öffentlich finanzierte, unabhängige) Aufsichtsbehörden oder ein Observatorium, allenfalls auch (Informations- oder KI-) Revisionsstellen für Unternehmen.

#### **Plenum 2: Plattformen: Politische/wirtschaftliche Herausforderungen und Regulierung**

- Soziale Medien sind eine insb. für Jugendliche zunehmend wichtig werdende Informationsquelle und beeinflussen den Meinungsbildungsprozess. Plattformen sollten entsprechend Verantwortung übernehmen. Plattformbetreiber versuchen dieser Verantwortung durch eigene Massnahmen gerecht zu werden, doch es braucht mehr.
- Wenn es um Grundrechte geht, muss die Auslagerung staatlicher Aufgaben sehr differenziert betrachtet und reguliert werden, z.B. Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Eine Regulierung muss sich immer die Frage der Verhältnismässigkeit stellen und es ist wichtig auch den Kontext oder konkrete Inhalte (z.B. Abstimmungskämpfe) in Betracht zu ziehen.
- Aktuell gibt es ungenügenden Zugang zu Plattformdaten und ein wenig ausgeprägtes Verständnis ihrer Funktionsweisen. Es benötigt daher einen besseren Zugang insb. für Forschende, wie dies auf europäischer Stufe bereits geschieht.
- Innenpolitisch kann die Schweiz mehr unternehmen bei der Bildung von Kompetenzen und dem Aufbau von digital & data literacy.
- International gilt es Spielraum zu identifizieren und zu nutzen und internationale Vorschläge als Basis für die innenpolitische Debatte zu nehmen und diese proaktiv zu führen.

## **Plenum 3: Datenbasierte Gesellschaft und politische Souveränität**

- Die digitale Welt hat ein hohes Mass an Interdependenz und Verflechtung hervorgebracht, in der es schwierig ist, auf klassische Souveränität oder Autonomie zu pochen. Es gilt verschiedene Trade-offs abzuwägen, z.B. Effizienz durch Zentralisierung vs. Sicherheit durch Dezentralisierung.
- Daten liefern ein enormes Potenzial in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft, wie Gesundheit, Mobilität, Energie, Bildung, etc. Die Erfahrungen mit Suchmaschinen, Hotelbuchungsplattformen, etc. zeigen, dass datenbasierte Plattformen eine effiziente Möglichkeit bieten, individuelle Bedürfnisse zu befriedigen.
- Plattformen werden sich in weiteren Bereichen durchsetzen. Aufgrund von Skaleneffekten ist eine Tendenz zu Monopolen wahrscheinlich. Plattformen können systemrelevant werden und die traditionellen Akteure in den Branchen verdrängen. Es stellt sich die Frage, wie die demokratische Kontrolle gewährt werden kann.
- Datennutzung setzt Vertrauen voraus, welches aktuell fehlt. Mittels Prototypen könnte Vertrauen im Kleinen geschaffen und die Datenräume dann skaliert werden. Zudem benötigt es eine neue Kultur der Zusammenarbeit über Verwaltungssilos hinweg und unter sich konkurrierenden Unternehmen, um sich auf Spielregeln zu einigen.
- Die EU hat mit dem Data Governance Act eine Regulierung für vertrauenswürdige Datenräume verabschiedet. Die Schweiz darf den Anschluss nicht verpassen. Ein Bericht des BAKOM und des EDA sieht daher u.a. einen Code of Conduct für Datenraumbetreiber vor.

## **Workshop 1: Digitalisierung und Nachhaltigkeit – Chancen und Risiken**

- Einerseits hilft die Digitalisierung, grosse Energieeffizienzpotentiale zu realisieren. Weil der Energiebedarf stetig wächst, besteht allerdings die Gefahr, dass Rebound-Effekte (erhöhte Nachfrage) die Gewinne durch Effizienzsteigerungen zunichtemachen.
- Ein Grossteil der durch die Schweiz verursachten Emissionen fallen im Ausland an. Um den tatsächlichen Impact der digitalen Welt (Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Infrastruktur, Geräten etc.) auf die Umwelt zu erfassen und unsere internationalen Verantwortlichkeiten angehen zu können, braucht es eine solide Datengrundlage und Transparenz über den gesamten Life Cycle.
- Kollaborationen zwischen Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat sind zentral, wobei die Schweiz mit ihrer Erfahrung mit komplexen Governance-Modellen als Vorbild vorausgehen kann.
- Auch bei einer unvollständigen Datengrundlage propagiert werden können Sustainability by Design und ein suffizienterer Umgang mit Energie.

## **Workshop 2: Cybersicherheit und Cyberkompetenz**

- Cybersicherheit ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Für eine erfolgreiche digitale Transformation ist ein hohes Mass an Cybersicherheit unerlässlich.
- Cybersicherheit benötigt personelle und finanzielle Ressourcen. Es braucht kompetentes Personal (vom Praktikanten bis zur Geschäftsführerin), das nicht nur technisch geschult, sondern allgemein für Cybersicherheit sensibilisiert ist. Es muss

in die Ausbildung und die Integration von jungen Professionals investiert werden, um den Skills Gap zu verkleinern.

- Wir stehen vor der paradoxen Herausforderung, aus unsicheren Komponenten sichere Systeme zu schaffen und diese auch auf sichere Weise zu betreiben oder zu nutzen. Die bestehenden Sicherheitslücken, sowohl in den Systemen selbst als auch bei ihrer Nutzung, bieten der Cyberkriminalität eine grosse Angriffsfläche.
- Zur Verstärkung der Cybersicherheit gibt es diverse Ansätze, von freiwilligen Labels hin zu rechtlich verbindlichen Standards. Deren Anwendung ist für kritische Infrastrukturen, aber auch für alle anderen Bereiche empfohlen. Eine gesetzliche Pflicht zur Anwendung von Sicherheitsstandards besteht jedoch nicht und sollte diskutiert werden. Auch Versicherungen könnten als Teil des Risikomanagements Anreize für die Umsetzung etablierter Standards setzen.
- Systeme maschinellen Lernens können durch verfälschte Eingabedaten fehlgeleitet werden. Dies kann zu falschen Entscheidungen mit verheerenden Auswirkungen führen. KI-Systeme können auch im Bereich Cybersicherheit defensiv und offensiv eingesetzt werden.

### **Workshop 3: Digitale Partizipation**

- Digitale Partizipation bedeutet im Grunde die aktive Teilnahme an der Gesellschaft. Wir leben in einer Hybridgesellschaft, in der sich das Analoge und das Digitale in allen Dimensionen unseres Alltags zunehmend vermischen. Um Teil dieser Gesellschaft zu sein, sind immer umfangreichere digitale Kompetenzen erforderlich. Dazu gehört insbesondere die Data Literacy.
- Es geht nicht mehr wirklich darum, diese Kompetenzen zu identifizieren – dafür gibt es Referenzrahmen wie jenen der EU –, sondern zu ermitteln, wie viel Fachwissen erworben werden muss, wer für die Vermittlung dieser Kompetenzen an die Bevölkerung zuständig ist und wie alle Zielgruppen erreicht werden können.
- Ein Handlungsansatz ist die Stärkung der Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Städten und Bibliotheken. Diese interpretieren nämlich die vorhandenen gemeinschaftlichen Bereiche auf ihre Weise neu, um so für alle zugängliche Lernangebote zu schaffen.
- Ähnlich wie bei der Hybridgesellschaft ist es wichtig, die Verbindung zwischen der lokalen Gemeinschaft und unserer Einbindung in eine globale digitale Welt – die immer gegeben ist, ob gewollt oder nicht – flussend zu gestalten.

### **Messages from Bern**

*In den «Messages von Bern» werden die Hauptpunkte der Plenarsitzungen und Workshops des Swiss IGF 2022 kurz, prägnant und neutral zusammengefasst. Sie werden dem globalen «UN Internet Governance Forum» (IGF) und dem «European Dialogue on Internet Governance» (EuroDIG) vorgelegt, damit sie in die Diskussionen in diesen Foren einfließen können.*